

PRESSEMITTEILUNG

632/16

08.11.2016

Wirtschaftswachstum und Investitionen standen im Mittelpunkt der jährlichen ECOFIN-EFTA-Tagung

Die Wirtschafts- und Finanzminister der EFTA und der EU hielten ihre jährliche Tagung ab, um über wirtschaftliche, finanzpolitische und politische Fragen von gemeinsamem Interesse zu sprechen. Angesichts der moderaten wirtschaftlichen Erholung in Europa stand die geeignete Strategie zur Stärkung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung im Mittelpunkt der Gespräche, wobei der Schwerpunkt auf der **Ankurbelung der verhaltenen Investitionen** auf dem gesamten Kontinent lag.

"Wir haben mit unseren Partnern aus Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz einen sehr nützlichen Meinungsaustausch über die derzeitige wirtschaftliche Lage und das Investitionsumfeld in Europa geführt. Im Rahmen unserer Bemühungen um eine Ankurbelung von Wirtschaftswachstum und Investitionstätigkeit in Europa – sowohl von privater als auch von öffentlicher Seite – ist eine reibungslose Zusammenarbeit für beide Seiten von größter Bedeutung."

Peter Kažimír, slowakischer Finanzminister und Präsident des Rates

Zwar wurde festgestellt, dass die Investitionen der EFTA-Länder fast wieder das Niveau der Zeit vor der Krise erreicht haben, doch erkannten alle Parteien an, welche Bedeutung Strategien zur Steigerung des Investitionsniveaus in Europa haben. In diesem Bereich wurden Strukturreformen zur **Steigerung von Produktivität** und **Beseitigung von Investitionshemmnissen**, eine **solide Haushaltsordnung**, durch die Ersparnisse in Investitionsprojekte fließen, und die Vollendung des **Binnenmarkts** von den Ministern besonders herausgestellt. Der Investitionsplan der EU für Europa wurde als wichtige Triebfeder für solche politischen Maßnahmen angesehen.

Die Minister erkannten zudem an, in welchem hohem Maße die Volkswirtschaften der EU- und der EFTA-Länder voneinander abhängen. Ein wirtschaftlicher Abschwung in einer der Ländergruppen kann zu einem direkten Dominoeffekt in anderen Teilen Europas führen. Die EU und die EFTA betrachten einander deshalb nicht als "Drittländer", sondern als Nachbarn mit den gleichen wichtigen wirtschaftlichen Herausforderungen und Prioritäten. Der Brexit verleiht dieser Agenda noch mehr Dynamik.

Press office - General Secretariat of the Council of the EU

Rue de la Loi 175 - B-1048 BRUSSELS - Tel.: +32 (0)2 281 6319

press@consilium.europa.eu - www.consilium.europa.eu/press